

# Die politischen und wirtschaftlichen Ereignisse der Republik Baden in der Zeit der Weimarer Republik

Konrad Exner

*Das demokratische Land Baden zwischen den zwei Weltkriegen existierte nicht lange, von 1919–1933. In dieser Zeit erlebte Baden mehr Tiefen als Höhen. Die Tiefen waren die schlechte Nachkriegsentwicklung seit 1918, das Krisenjahr 1923, die Weltwirtschaftskrise von 1929 und die sich anschließende Auflösung der badischen Demokratie ab 1933. Die erstarbte Konjunktur seit 1924 war ein Höhepunkt in der Entwicklung Badens nach dem Ersten Weltkrieg, als die Zahl der verschiedenen Industriegebiete zu- und die Arbeitslosigkeit abnahm. Nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Land Baden nach anfänglichen Schwierigkeiten, ob es sich mit Württemberg zu einem Bundesland zusammenschließen sollte, mit Württemberg vereinigt ein wirtschaftlich starkes und zuverlässiges demokratisches Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland geworden.*

Die Ereignisse im Reich Ende Oktober / Anfang November 1918, die Weigerungen der Matrosen, gegen die englische Flotte auszuweichen, das deutschlandweite Aufkommen von Arbeiter- und Soldatenräten und die Demonstrationen der Arbeiter in Berlin und anderen Städten griffen auch auf Baden über. Am 8./9.11.1918 bildeten Soldaten in einigen Städten Badens Soldatenräte, die für Unruhe durch die Besetzung öffentlicher Gebäude sorgten. Nachdem Philipp Scheidemann am 9.11.1918 um 14:00 Uhr in Berlin die Republik ausgerufen hatte, bildete sich noch am gleichen Tag in der Landeshauptstadt Karlsruhe ein Soldatenrat und ein aus Vertretern von Parteien und Gewerkschaften hervorgegangener Wohlfahrtsausschuss. Dieser verständigte sich mit dem Soldatenrat, dass über eine demokratische Staatsform eine von den

Badenern, einschließlich der Frauen, gewählte Nationalversammlung zu befinden habe. Bis zum Zusammentritt einer frei gewählten Nationalversammlung sollte eine Provisorische Regierung die Geschicke Badens leiten.

Am 10.11.1918 gründeten der Soldatenrat und der Wohlfahrtsausschuss die Provisorische Regierung. Zwei Tage vorher hatte der großherzogliche Staatsminister von Bodman beim Großherzog Friedrich II. (1857–1928) seinen Rücktritt eingereicht. Friedrich II. nannte die Provisorische Regierung nicht verfassungsgemäß, erhob aber keinen Einspruch gegen sie und entließ seine Minister aus ihren Ämtern. Das Innenministerium telegrafierte noch am gleichen Tag an die Bezirksämter, dass die Beamten auf ihren Posten bleiben und die Anweisungen der Provisorischen Regierung befolgen sollten. Fünf Parteien und



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

Von Staatsminister Freiherr von Bobman war heute Mittag dem Wohlfahrtsausschuß und Soldatenrat Karlsruhe folgendes Schriftstück zugegangen:

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mich beauftragt, Ihnen folgendes zu eröffnen:

„Der Großherzog begrüßt es lebhaft, daß nach Ihrer aller Ansicht Baden unter allen Umständen ein Bestandteil des deutschen Reiches bleiben soll.

Die Errichtung einer provisorischen Regierung lediglich durch in Karlsruhe wohnende Parteivertreter und Mitglieder des Soldatenrats vermag der Großherzog zwar als verfassungsmäßig nicht anzuerkennen, will jedoch in Anbetracht der durch die Zeitumstände geschaffenen besonderen Lage einen Widerspruch gegen die beabsichtigten Maßnahmen nicht erheben. Folgenweise nimmt der Großherzog lediglich Kenntnis von der Errichtung einer provisorischen Volksregierung und der Absicht der Berufung einer verfassunggebenden Versammlung.

Der Großherzog gibt sich der Hoffnung hin, daß die provisorische Regierung ihr Ziel unserer geliebten Heimat Ruhe und Ordnung zu erhalten, erreichen möge.

Seine Königliche Hoheit haben geruht, die gegenwärtigen Minister in Gnaden ihrer Ämter zu entheben und in den einseitigen Ruhestand zu versetzen.“

Karlsruhe, den 10. November 1918.

gez. v. Bobman.

## An das badische Volk!

Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Regierung für Baden gebildet, welche die Macht übernommen hat.

Sie besteht aus folgenden Personen:

- Vorsitzender Anton Geiß, Landtagsabgeordneter, Mannheim,
- Ministerium des Auswärtigen: Oberbürgermeister Dietrich, Landtagsabgeordneter in Konstanz,
- Ministerium für soziale Fürsorge: Metallarbeiter Adolf Schwarz, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Mannheim,
- Ministerium für militärische Angelegenheiten: Landsturmmann Brümmer, Vorsitzender des Soldatenrates in Karlsruhe,
- Ministerium des Innern: Dr. Ludwig Haas, Reichstagsabgeordneter, Karlsruhe,
- Ministerium der Finanzen: Professor Wirth, Reichstagsabgeordneter, Freiburg,
- Ministerium der Justiz: Rechtsanwalt Marum, Landtagsabgeordneter in Karlsruhe,
- Ministerium des Verkehrs: Geschäftsführer Leopold Rüdert in Karlsruhe.
- Ministerium des Unterrichts: Fritz Stöckinger, Landtagsabgeordneter in Pforzheim,
- Ministerium für Ernährungsweisen: Rechtsanwalt Frank, Stadtrat in Karlsruhe.
- Ministerium für Übergangswirtschaft und Wohnungsweisen: Arbeitersekretär Marzloff in Freiburg.

Die neue Regierung wird eine auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgegangene Landesversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik für Baden maßgebend sein soll. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft ein Bestandteil des deutschen Reiches bilden.

Wir fordern das badische Volk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten, und die Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in treuer Weise ihre Pflicht zu erfüllen.

Die Soldaten werden aufgefordert, in die Kasernen zurückzukehren und den dienstlichen Anforderungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen werden.

Nur wenn diesem Rufe Folge geleistet wird, ist es möglich, Ruhe, Ordnung und gute Verpflegung durchzuführen.

Karlsruhe, den 10. November 1918.

Der Soldatenrat:

Der Wohlfahrtsausschuß:

Brümmer.  
Weser.

H. Sauer, Stadtrat, Vorsitzender.  
Wasshang, Stadtverordneter.

Erting, Gewerkschaftssekretär.  
Rebmann, Landtagsabgeordneter.

Zur Veröffentlichung: Dr. Ludwig Haas, Minister des Innern.

Druck der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei und Verlag. — Verantwortlicher Hauptgeschäftsführer: G. Amend.



### Die badische vorläufige Regierung.

Stehend von links: Fritz Stockinger, Min. d. Unterrichts; Leop. Rückert, Min. d. Verkehrs; Ludw. Marum, Min. d. Justiz; Herm. Rob. Dietrich, Min. d. Auswärtigen; Ad. Schwarz, Min. f. soziale Fürsorge; Brümmer, Min. für milit. Ang.; sitzend: Karl Jos. Wirth, Min. d. Finanzen; Gust. Jos. Ludw. Trunk, Min. f. Ernährungswesen; Anton Geiss, Ministerpräsident; Ludw. Haas, Min. d. Innern; Phil. Martzloff, Min. f. Übergangswirtschaft und Wohnungswesen.

Die badische vorläufige Volksregierung, 1918 (Generallandesarchiv Karlsruhe, GLA J-AC-B/116)

zwei Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte waren an der Provisorischen Regierung beteiligt. Den Vorsitz erhielt Anton Geiß, Landesvorsitzender der SPD und Vizepräsident des ehemaligen Badischen Landtags. Von den Mehrheitssozialdemokraten übernahmen Ludwig Marum das Ressort Justiz, Fritz Stockinger das für den Unterricht, Philipp Martzloff aus Freiburg das für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen und Leopold Rückert das für Verkehr. Die USPD stellte zwei Minister, Johann Brümmer für militärische Angelegenheiten, der gleichzeitig Vorsitzender des Karlsruher Soldatenrats war, und Adolf

Schwarz für das Ressort soziale Fürsorge, der noch zusätzlich den Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrat leitete. Vom Zentrum übernahm Joseph Wirth das Finanzministerium und Gustav Trunk das Ernährungsministerium. Das Innenministerium leitete Ludwig Haas von der Fortschrittlichen Volkspartei und der Konstanzer Oberbürgermeister Hermann Dietrich von den Nationalliberalen das badische Außenministerium.

In Compiègne unterzeichnete Erzberger im Namen des Rates der Volksbeauftragten am 11.11.1918 den Waffenstillstand, so dass Großherzog Friedrich II. am 13.11.1918 auf

die Regierungsgewalt verzichtete, die Abdankungsurkunde für sich und seine Nachkommen unterschrieb Friedrich II. am 22.11.1918 auf Schloss Langenstein im Hegau.

Die Wahlen zur Badischen Nationalversammlung fanden am 5.1.1919 statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 88,1 % erhielt das Zentrum 39 Mandate, die SPD 36, die Deutsche Demokratische Partei (DDP) 25 und die Deutsch-Nationale Volkspartei 7. Die USPD erhielt keinen Sitz in der Badischen Nationalversammlung. Deswegen verließen die Mitglieder der USPD die vorläufige Regierung. Bei dieser Wahl wurden zum ersten Mal Frauen in eine badische parlamentarische Versammlung gewählt: das Zentrum und die SPD erhielten je vier weibliche Abgeordnete, die DDP mit Marianne Weber eine weibliche Abgeordnete. Diese wies in der ersten Sitzung des Landtages die männlichen Abgeordneten darauf hin, dass nunmehr die Frauen den Staat und seinen Wiederaufbau mitgestalten würden. Nach der Wahl zur Badischen Nationalversammlung löste die vorläufige Regierung die Erste und Zweite Kammer des alten Badischen Landtags auf und berief die neugewählte Nationalversammlung auf den 15.1.1919 ein. Dieser Nationalversammlung legte die vorläufige Regierung einen Verfassungsentwurf vor, über den vorher vier bekannte Parteipolitiker, Dr. Dietz (SPD), Dr. Glockner (Nationalliberale), Dr. Zehnter (Zentrum) und Dr. Weill (DDP), beraten hatten. Die Nationalversammlung überwies den Entwurf an eine Verfassungskommission, die über die zukünftige Verfassung eingehend beraten hatte und ihren Entwurf an das Plenum der Nationalversammlung weiterleitete, das den Verfassungsvorschlag mehrheitlich annahm. Das badische Volk stimmte in einer Volksabstimmung am 13. April 1919 mit großer Mehrheit der neuen Verfassung vom

21. März 1919 zu. Träger der Staatsgewalt war das badische Volk (Männer und Frauen ab 20 Jahre), das seine Abgeordneten in allgemeiner, freier, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl bestimmte und das an der Gesetzgebung unmittelbar durch Volksabstimmungen und mittelbar durch die Abgeordneten im Landtag beteiligt war. Der Landtag wählte aus seinen Mitgliedern die Minister, die aus ihrem Kreis alljährlich einen Staatspräsidenten und seinen Stellvertreter wählten. Und die Minister konnten vom Landtag mit absoluter Mehrheit abberufen werden. So wurde die demokratische Republik Baden, die nun die Grundrechte garantierte, zu einem selbstständigen Bundesstaat im Deutschen Reich.

## Erste Krisen ■

Durch den Versailler Vertrag wurde Baden zu einem Grenzland zu Frankreich, der Grenzstreifen wurde besetzt, eine 50 km-Zone entmilitarisiert. Der Kehler Hafen war von Frankreich besetzt und mit dem Straßburger Hafen zusammengeschlossen worden. Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 mussten die deutschen Truppen innerhalb von drei Wochen von Frankreich nach Deutschland zurückgeführt und in ihren Garnisonen demobilisiert werden. In Baden sind viele der heimgekehrten Soldaten in die Arbeitslosigkeit entlassen worden, weil es für sie kaum Arbeitsplätze gab und nur wenige in die Freiwilligenverbände übernommen wurden, die zum Teil im Baltikum und Schlesien kämpften. Die Kriegswirtschaft musste auf Friedensproduktion umgestellt werden und in diesem Zusammenhang hatte die Reichsregierung angeordnet, dass die von Frauen besetzten Arbeitsstellen für die Männer, die ehemaligen Soldaten, frei-

zustellen seien. Dieser Prozess ließ sich nicht schnell umsetzen und außerdem konnten viele Betriebe wegen der fehlenden Energie, der Kohle, nicht arbeiten, so dass die Arbeitslosigkeit stark zunahm.

In Mannheim fand am 21. Februar 1919 eine zweite Revolution statt. Nach einer Trauerfeier für den Vorsitzenden der Münchener Räteregierung, Kurt Eisner, rief der KPD-Vertreter Stolzenberg in Mannheim die Räterepublik aus, in deren Verlauf das Schloss verwüstet und Akten verbrannt, Gefangene befreit und reguläre Truppen entwaffnet wurden. Infolge der Unruhen am nächsten Tag sind ein Mann getötet und mehrere Menschen verletzt worden. Nur durch ein beherztes Eingreifen der Provisorischen Regierung aus Karlsruhe, in dem sie Freiwilligenverbände nach Mannheim entsandte, konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Auch während des kurzfristigen Kapp-Putsches in Berlin, bei dem die rechtmäßige Regierung durch die Brigade Ehrhardt aus dem Amt vertrieben wurde, gab es Unruhen in Baden, so z. B. in Freiburg mit zwei Toten und einem Schwerverletzten. Die badische Regierung lehnte aber Verhandlungen mit der Kapp-Regierung ab, die durch einen Generalstreik in ganz Deutschland zur Aufgabe gezwungen wurde.

Die Landwirtschaft verlor wegen der Grenzlage viele Absatzmärkte, den Bauern fehlten Dünger und Saatgut. Einige große Industriefirmen verlegten ihre Produktionsstandorte in die Mitte des Reiches, z. B. die Firma Lanz aus Mannheim nach Magdeburg, die Zellstoff- und Papierwerke Waldhof-Mannheim und die Firma Sunlicht AG nach Berlin. Die mittelständischen Betriebe konnten sich aber schnell an die Nachkriegssituation anpassen, da ihre Geschäfte von der dezentralen Struktur Badens profitierten. Durch eine erhöhte

Einwohnerzahl in den Städten nach dem Krieg nahm die Wohnungsnot hier zu, die Baupreise und Mieten stiegen enorm an. Als Gegenreaktion errichteten die Baugenossenschaften in vielen Städten, wie Freiburg, Karlsruhe, Konstanz oder Mannheim, Mehrfamilienwohnungen zu einem günstigen Mietpreis. Viele Arbeiter, die in der Stadt arbeiteten, wohnten oft noch auf dem Land, wo sie sich mit einem Stück Garten selbst versorgten und so die Einkommensausfälle kompensieren konnten.

## Das Krisenjahr 1923

Die Besetzung von Industrieanlagen als produktive Pfänder im Ruhrgebiet führte auch in Baden, z. B. in der Ortenau und in den Mannheimer und Karlsruher Häfen, zu Besetzungen. Die Bevölkerung in den besetzten Gebieten wehrte sich durch einen passiven Widerstand. Die Politik der produktiven Pfänder der Franzosen und der passive Widerstand der Bevölkerung ruinierten die Wirtschaft. Die Inflation galoppierte und es kam zu Massenentlassungen. Für einen Dollar zahlte man im Juni 1923 150 000 Mark, im November 1923 bereits 12 Milliarden Mark.

Die Löhne wurden täglich ausbezahlt, weil am nächsten Tag die Preise wieder gestiegen waren. Viele Gemeinden und Industrieunternehmen konnten nicht genügend Zahlungsmittel aufbringen, deswegen gestattete ihnen die badische Regierung, Notgeld herauszugeben. Erst als in Berlin die neue Reichsregierung unter Reichskanzler Stresemann am 26. September 1923 den Ruhrkampf beendete und im November des gleichen Jahres die Währungsreform die Inflation beendete, erholte sich das Land Baden. Im Sommer 1924 zogen die französischen Truppen aus Karlsruhe, Mannheim und Offenburg ab.



den Elektromotor mechanisiert und das Telefon und das Radio fanden rasche Verbreitung. Die Entwicklung des Automobils führte zu verstärkter Mobilität der Bevölkerung.

## Bildung

Im Bereich der Schulbildung konnten die Mädchen vermehrt eine höhere Schule besuchen, deren erfolgreicher Abschluss zur Immatrikulation an der Universität berechnigte, die schulpflichtigen Jugendlichen besuchten immer öfter ein Gymnasium, ein Realgymnasium oder eine Oberrealschule. Die Lehrerausbildung wurde in eine akademische Ausbildung mit Abitur als Voraussetzung umgewandelt, Karlsruhe bekam eine simultane, Freiburg eine katholische und Heidelberg eine evangelische Lehrerbildungsanstalt. Auch die Studentenzahlen an badischen Hochschulen nahmen stark zu, besonders die der Studentinnen, im Zeitraum von Anfang der zwanziger Jahre bis 1933 verdoppelte sich die Zahl der Studierwilligen. Trotz der aufsteigenden Konjunktur Mitte der 20er Jahre gab es in Baden keine goldenen Zwanziger Jahre. Schon die Grenzlage des Landes verhinderte eine weitere wirtschaftliche Entwicklung, und die Arbeitslosigkeit nahm ab Mitte der 20er Jahre wieder verstärkt zu.

## Weltwirtschaftskrise

Die Weltwirtschaftskrise 1929 bewirkte ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit, im Januar 1932 waren 117 000 Personen, im gesamten Jahr 1932 waren rund 7 % der badischen Bevölkerung erwerbslos, im Vergleich dazu waren im gleichen Zeitraum in Württemberg 4,3 % der Bevölkerung arbeitslos, im Deutschen Reich 8,7 % der Bevölkerung. In Ba-

den stieg die Arbeitslosigkeit bis zum Januar 1933 auf 183 582<sup>1</sup> Personen. Die Arbeitslosigkeit trat vor allem in den Städten auf, in den ländlichen Bezirken hatte die Arbeitslosigkeit keine so gravierenden Folgen, weil viele Menschen hier einem landwirtschaftlichen Nebenerwerb nachgehen konnten. In der Investitionsgüter- und der Maschinenindustrie gab es viele Entlassungen, ebenso in der Forst- und Bauwirtschaft, auch in der Tabakindustrie. Für die Holzwirtschaft war der Preis für Nadelholz bis 1932 wegen eines weltweiten Überangebots um mehr als die Hälfte gefallen, der Tabakanbau ging wegen der laufenden Tabaksteuererhöhungen zurück. Die verarmte Bevölkerung in den Städten wurde durch karitative Volksküchen verköstigt, während das Land Baden wenig für seine Bürger tun konnte. Am 9. Juli 1931 verfügte aber die badische Regierung die Kürzung der Gehälter, Löhne und Pensionen im öffentlichen Dienst.

## Auflösung Badens

Kurz vor der Weltwirtschaftskrise fand in Baden am 27.10.1929 die Wahl zum letzten demokratischen Landtag statt. Von 1919–1925 gab es im Landtag eine stabile Regierung der Weimarer Koalition (Zentrum, SPD, DDP), die so genannt wurde, weil sie die erste Koalition in der Weimarer Nationalversammlung war. Von 1925–1929 bestand in Baden wieder eine solide Regierungskoalition, diesmal nur aus Zentrum und SPD. 1929 erreichten die Parteien der Weimarer Koalition die Mehrheit von 58 Sitzen der insgesamt 88 Abgeordnetenmandate im Parlament, aber die rechten Parteien legten zu, die NSDAP konnte mit ihren 6 Abgeordnetensitzen sogar Fraktionsstatus erreichen. Eine Regierung der Weimarer Koalition kam aber nicht zustande, weil die DDP

das Vorhaben des Zentrums nicht unterstützen wollte, Konkordatsverhandlungen mit der Katholischen Kirche zu führen. Die SPD tolerierte diese Verhandlungen vorerst. So wurde wieder eine Regierung aus Zentrum und SPD gebildet, in der der frühere SPD-Staatspräsident Remmele das Kultus- und Justizministerium übernahm, ehe er sich 1931 nach Berlin zurückzog, um dort seinem Reichstagsmandat nachkommen zu können. Nach dem Weggang Remmeles aus der Landespolitik verlor die SPD an Einfluss in der Regierung, zumal 1931 durch die Aufnahme der DVP in die Regierungskoalition die Regierung nach rechts tendierte. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums Ernst Föhr konnte nun ohne große Beeinträchtigung die Verhandlungen zum Abschluss eines Konkordats mit dem Vatikan vorantreiben.

Parallel dazu führte die badische Regierung auch Verhandlungen mit der Vereinigten Evangelisch-Protestantischen Landeskirche Badens. Die SPD lehnte 1932 auf einem Sonderparteitag das Konkordat ab und schied aus der Regierung aus, somit bestand eine Minderheitsregierung aus Zentrum und DVP. Das Gesetz des Freistaates Baden mit dem Heiligen Stuhl und das Gesetz des Freistaates Baden mit der Vereinigten Evangelisch-Protestantischen Landeskirche Badens konnte noch verabschiedet werden, weil die drei Abgeordneten der Wirtschaftspartei das Vorhaben der Minderheitsregierung unterstützten und weil bei der nun bestehenden Patt-Situation die Stimme des Landtagspräsidenten den Ausschlag gab. In diesen Gesetzen wurden u. a. der konfessionelle Religionsunterricht an den christlichen Gemeinschaftsschulen unter Aufsicht der Kirchen und die Besetzung der katholischen und evangelischen Lehrstühle an den badischen Universitäten ohne staatliche Einmischung geregelt.

Seit 1927 entwickelte sich die Partei der NSDAP zu einer immer stärker werdenden

Partei in Baden. Adolf Hitler ernannte Robert Wagner zum badischen Gauleiter. Hitler trat 1927 erstmals auf einer Versammlung in Heidelberg auf, im gleichen Jahr erschien erstmals das Parteiblatt »Der Führer«, das zweimal wöchentlich herauskam. 1928 erreichte die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Land noch 2,9% der Stimmen, bei den Landtagswahlen im Oktober 1929 waren es schon 7%, das bedeutete 6 Abgeordnetenmandate und Fraktionsstatus für die rechte Partei. Der Durchbruch für die NSDAP kam bei den Reichstagswahlen 1930, als die Partei 19,2% der Stimmen im Land erzielte, im Reichsdurchschnitt waren es »nur« 18,3%. Bei den Reichstagswahlen am 31. Juli 1932 kamen die Nationalsozialisten in Baden sogar auf 36,9% der Stimmen und übertrafen somit die bisher stärkste Partei im Land, das Zentrum. Wegen der hohen Arbeitslosigkeit gaben viele Arbeiter und Arbeitslose der Partei ihre Stimme, aber auch Bauern, Angestellte und Beamte wählten die NSDAP. Für die Jugendlichen, vor allem die Jungwähler, war die »jugendliche Partei« sehr attraktiv, die viele Versprechungen machte. Die NSDAP war eine »kämpfende Partei«, sie kämpfte gegen die Linken, die »Kapitalisten« und Juden. In den Wahlkämpfen suchte sie die Konfrontation mit den politischen Gegnern und entfachte Schlägereien in den Sälen und auf der Straße, ja sogar im badischen Parlament kam es zu tumultartigen Szenen. Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, übernahm die NSDAP sehr schnell die Macht im Land. Aus der Reichstagswahl am 5. März 1933 ging die Partei in Baden als klarer Sieger hervor, sie erreichte 45,4% der Stimmen, im Reichsdurchschnitt 43,9%. Am Tag nach der Wahl wurden von den SA-Einheiten auf allen öffentlichen Gebäuden in Baden die Hakenkreuzfahne gehisst. Hiergegen legte die badische Regierung unter Staatspräsident Schmitt Protest ein.

Am 7. März 1933 trat das Zentrum mit der NSDAP in Verhandlungen über eine neue Regierung im Land, einen Tag später wurde die DNVP hinzugezogen. In dieser Verhandlung hatte sich der Fraktionsvorsitzende der NSDAP im badischen Landtag, Walter Köhler, gegenüber der Landesregierung bereit erklärt, die Hakenkreuzfahnen von den öffentlichen Gebäuden einzuholen. Dies geschah in einer feierlichen Veranstaltung, die gleichzeitig eine Werbung für den Nationalsozialismus darstellen sollte. Noch am Abend des gleichen Tages setzte der neue Reichsinnenminister Dr. Frick aufgrund der »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« vom 28. Februar 1933 Gauleiter Robert Wagner zum Reichskommissar von Baden ein. Ihm wurden somit die Befugnisse des Staatspräsidenten übertragen. Am 9. März übernahm Wagner vom badischen Innenminister Dr. Umhauer die Polizeigewalt. Die alte badische Regierung legte gegen die Ernennung Wagners zum Reichskommissar von Baden Protest bei der Reichsregierung und Klage beim Staatsgerichtshof ein.

Die Lage für die demokratische Landesregierung wurde immer unerträglicher, nachdem die SA, die SS und der Stahlhelm zur Hilfspolizei erklärt wurden. Sie trat am 10. März 1933 zurück, um einer neuen Regierung freie Hand zu lassen. Als geschäftsführende Regierung hat die alte Regierung noch am 11. März die Kirchenverträge mit der katholischen und der evangelischen Kirche unterschrieben und für den 14. März 1933 den Landtag einberufen. Diese Einberufung widerrief Wagner, indem er sich auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung berief, er setzte die alte Regierung am 11. März 1933 ab und übernahm die Leitung der Staatsgeschäfte und damit das Amt des Staatspräsidenten.

Staatspräsident Dr. Joseph Schmitt wich unter Protest der Gewalt. Dies war das Ende der Demokratie im Land Baden von der Kurpfalz bis zum Bodensee.

Im deutschen Reichstag wurde am 23. März 1933 gegen die Stimmen der SPD das Ermächtigungsgesetz angenommen, in dessen Folge Deutschland gleichgeschaltet wurde. Damit wurde die vertikale Gewaltenteilung in Reich – Länder – Gemeinden aufgehoben. Nach der Gleichstellung mit dem Reichstag gehörten dem badischen Landtag bei einer Gesamtstärke von 57 Sitzen 30 Abgeordnete der NSDAP, 17 dem Zentrum, 8 der SPD und 2 der DNVP an. Dieser Landtag trat aber nur noch einmal am 9. Juni 1933 zusammen, um das Gesetzgebungsrecht auf die Landesregierung zu übertragen. Im Juli begannen die Selbstauflösungen der demokratischen Parteien. Mit dem »Gesetz über den Neuaufbau des Reichs« vom 30. Januar 1934 wurden die Volksvertretungen der Länder aufgehoben, die Hoheitsrechte der Länder gingen auf das Reich über. Die badische Landesregierung unterstand fortan der Reichsregierung, die mit dem Reichsstatthaltergesetz einen Statthalter des Reiches für das Land bestellte, für Baden war das Robert Wagner, der seinen Parteigenossen Walter Köhler am 6. Mai 1933 zum badischen Ministerpräsidenten ernannte und der bis zum Ende der Naziherrschaft regierte. Nun war Baden eine Provinz des Deutschen Reiches geworden. Und so entstand eine Diktatur.

#### Literatur:

- Peter Brand, Reinhard Rürup: Arbeiter-, Soldaten- und Volksräte in Baden 1918/19. Düsseldorf 1980 (Analyse und Dokumentation).
- Peter Brand, Reinhard Rürup: Volksbewegung und demokratische Neuordnung in Baden 1918/19. Sigmaringen 1991.

Konrad Exner: Maria Rigel – Mannheimer Abgeordnete im badischen Landtag nach Einführung des Frauenwahlrechts 1919, in: Badische Heimat 1/2007.

Konrad Exner: Marianne Weber – Die erste Rednerin im badischen Parlament, in: Badische Heimat 2/2005.

Hans Fenske: 175 badische Verfassung. Hg. v. d. Stadt Karlsruhe – Stadtarchiv, Karlsruhe 1993.

Hans Fenske: Deutsche Parteiengeschichte. Paderborn 1994.

Wolfgang Hug: Geschichte Badens. Stuttgart 1992. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Badische Geschichte, Stuttgart 1979.

Landeszentrale für politische Bildung, Politische Plakate, in: Politik & Unterricht, Heft 2 – 3/2009.

Thomas Schnabel: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933. Stuttgart 1982.

Thomas Schnabel: Geschichte von Baden und Württemberg 1900–1952. Hg. vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2000 (mit Literatur).

Reinhold Weber, Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1918–1954. Leinfelden-Echterdingen 2008.

Günter Wimmer: Adam Remmele – Ein Leben für die soziale Demokratie. Ubstadt-Weiher 2009.

#### Anmerkungen

- 1 Wolfgang Hug: Geschichte Badens. Stuttgart 1992, S. 328.



Anschrift des Autors:  
Dr. Konrad Exner  
Waidallee 11/1  
69469 Weinheim

**Sonderausstellung im  
Kloster Museum St. Märgen  
08.05. – 09.10.2016**

# Badisches Volksleben

**Ländliche Lebensweisen  
im 19. Jahrhundert**

**Kloster Museum St. Märgen**  
Rathausplatz 1, 79274 St. Märgen  
[www.kloster-museum.de](http://www.kloster-museum.de)

**Sonderveranstaltungen**  
Vernissage:  
08.05.2016, 11:00 Uhr

Kostümführungen: 29.05.,  
26.06., 31.07. und 25.09.2016,  
jeweils 11:45 Uhr

Museumsnacht mit Vortragsabend  
„Badisch angerichtet“:  
27.08.2016 ab 20:00 Uhr

**SANKT MÄRGEN**

**Landkreis Emmendingen**

**Hochschwarzwald**